

NEIN zum neuen Steuergesetz.

Am 26. November stimmt der Aargauer Soverän über das revidierte Steuergesetz ab. Mit dieser Teilrevision würden einseitig Wirtschaft und Reiche bevorzugt, diese profitieren von mehreren Millionen, während für die notwendige Entlastung von Familien mit tiefen Einkommen lediglich rund 39 Millionen Franken eingesetzt würden. Zudem gingen kleinere und mittlere Unternehmen, die den Rückgrad der Aargauer Wirtschaft bilden und Arbeitsplätze schaffen, praktisch leer aus. In unserer Kantonsverfassung §119 steht: "Bei der Ausgestaltung der Steuern sind die Grundsätze der Solidarität und der Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu achten." Dem ist jedoch nicht so. Keinen einzigen Franken bekommt, wer als Verheiratete/r oder Alleinerziehende/r nur über ein steuerbares Einkommen zwischen 35'000.- und 86'000.- Franken verfügt. Diese Leute werden sogar um den Ausgleich der kalten Progression geprellt. Anders sieht es da bei denen aus, welches es nun wirklich nicht nötig haben: Für die Reichen mit steuerbaren Einkommen zwischen 250'000.- und 500'000.- Franken reduziert sich der Steuerbetrag um bis zu 10 Prozent. Die mickrige Steuerentlastung von Kleinrentner/innen und Kleinverdiener/innen wird so zur Farce. Zahlreiche Gemeinden werden wegen der Ausfälle durch die Entlastung der Gutbetuchten ihre Steuern und Gebühren erhöhen müssen. Gerade auf die Gemeinden kommt jedoch eine ganze Lawine zusätzlicher Belastungen zu: Finanzierung der Regionalpolizei, Neugestaltung des Finanzausgleichs, GAT III, die Berufsschulvorlage, der Wegfall der Bundessubventionen bei der Spitex, Mehrbelastungen bei der Bildung, beim öffentlichen Verkehr, im Gesundheitsbereich (Spital, Pflege) und bei Sonderschulung und Heimen. Auch wird der Kanton gezwungen sein, sich eben durch solche Steuerausfälle, immer mehr aus der finanziellen Verantwortung zurück zu ziehen. Die Kürzung beim Textilien Werken ist uns allen noch als schlechtes Beispiel in Erinnerung. Die Steuergesetzrevision bringt den Gemeinden Ausfälle von 350 Millionen Franken (kumuliert bis 2010). Es liegt auf der Hand, dass zahlreiche Gemeinden ihre Steuerfüsse vor diesem Hintergrund erhöhen müssen. Diese Schwächung der Gemeindefinanzen, welche notwendige Investitionen und Projekte verunmöglichen, ist jedoch inakzeptabel. Was nützen uns hier Steuererleichterungen bei den obersten Einkommensschichten, wenn dafür auf breiter Ebene Gebühren und Abgaben erhöht werden und uns schmerzhaft Sparübungen direkt treffen? – Sagen wir also NEIN zu diesem einseitigen Steuergesetz.

*Roland Agustoni
Grossrat
Magden*